KOMMENTAR ZUR KLIMADEBATTE

Schmerzhafte Fragen

Die öffentliche Diskussion über die Bewegung „Fridays for Future“ weist in Teilen bizarre Züge auf. Statt das Kernanliegen der Schüler zu thematisieren, nämlich den Wunsch nach einer engagierten Klimapolitik, verliert sie sich immer wieder in Nebenaspekten.

Seit Wochen wird intensiv darüber debattiert, ob die Jugendlichen freitags den Unterricht bestreiken dürfen. Alles ist dazu bereits gesagt worden, nahezu von jedem. Inzwischen müsste längst klar sein: Der Schulboykott ist keineswegs ein Sargnagel für die Bildungsrepublik Deutschland. Doch die Diskussion hält an.

Seit Wochen müssen sich die Jugendlichen anhören, in ihrem Alltag selbst nicht genug für die Umwelt zu tun. Gerne wird ihnen pauschal unterstellt, sie ließen sich im spritfressenden SUV zur Schule kutschieren oder seien Vielflieger. Vor allem in den Sozialen Netzwerken schlägt den Demonstranten oft eine erschreckende Mischung aus Hass, Überheblichkeit und pseudomoralischer Rigorosität entgegen – nicht allein aus der politisch rechten Ecke. Dabei wird von den Kritikern geflissentlich ignoriert: Nicht nur perfekte Menschen dürfen sich für den Klima- und Umweltschutz einsetzen. Protestformen wie die der Schüler können bei vielen Jugendlichen auch persönliche Lernprozesse in Gang setzen und diese ihr eigenes Verhalten überdenken lassen. Das ist eine zusätzliche Qualität der Bewegung.

Von der Wucht überrascht

Seit Wochen wird den Schülern zudem der absurde Vorwurf gemacht, sie seien fremdgesteuert. Selbst Angela Merkel witterte eine Zeit lang Einflussnahmen von außen auf die Jugendlichen. Inzwischen lobt die Kanzlerin die Bewegung, versucht sie politisch zu umarmen. Dabei stört es die Regierungschefin offenbar nicht, dass die Schüler gegen eine Politik protestieren, die sie maßgeblich zu verantworten hat. Merkel geht es derzeit wie vielen anderen Politikern, die von der Wucht der Bewegung „Fridays for Future“ überrascht wurden. Sie beschäftigen sich vornehmlich mit der Frage: Wie verhalten wir uns als Parteien taktisch am klügsten zu den Schülerprotesten?

Überdeckt wird durch all das die eigentliche Debatte, die von den Schülern aufgeworfen wurde und die jetzt dringender denn je geführt werden müsste. Nämlich: Welche radikalen Maßnahmen gilt es innerhalb kürzester Zeit vorzunehmen, um den Sturzflug in die Klimakatastrophe doch noch zumindest abzubremsen? Wer muss künftig worauf verzichten? Reicht es, auf E-Mobilität, den Ausbau der Erneuerbaren Energien und einen schnellen technischen Fortschritt zu setzen? Oder müssen nicht noch viel tiefer gehende Fragen gestellt werden? Zum Beispiel: Verträgt unsere Erde überhaupt noch ein Wirtschaftssystem, das auf ständiges Wachstum angewiesen ist? Muss sich unsere Gesellschaft von ihrer Konsumfixierung lösen? Wie könnte eine lebenswerte und umweltfreundliche Alternative zum freien Spiel der Marktkräfte aussehen?

Das Problem der Akzeptanz

Ehrlich wäre es auch, über Umverteilung zu diskutieren. Die ökologische Transformation unserer Gesellschaft ist zum Scheitern verurteilt, wenn ihre immensen Kosten vornehmlich die untere Mittelschicht und wirtschaftlich Schwache zum Verzicht zwingen. Sie würde von breiten Bevölkerungsschichten schlichtweg abgelehnt. Deshalb muss im Rahmen einer Umweltdebatte auch über radikale Änderungen am Steuersystem, über die Zustände auf dem Arbeitsmarkt und über bessere Sozialleistungen gesprochen werden.

In Fachkreisen geschieht das längst. Auch viele Schüler diskutieren darüber. In der großen öffentlichen Debatte werden tiefer gehende Fragen jedoch weiterhin gerne weggedrückt. Sie bereiten halt Schmerzen. Es mag eine Zeit lang gutgehen, diese zu ignorieren Aber die ihnen zu Grunde liegende Krankheit wird dadurch in den seltensten Fällen geheilt.

j.zinsen@zeitungsverlag-aachen.de

JOACHIM ZINSEN

KOMMENTAR ZU IS-RÜCKKEHRERN

Das Problem bleibt bestehen

Das vielschichtige Thema der deutschen IS-Rückkehrer und der Umgang mit ihnen wird die Bundesregierung noch lange beschäftigen. Auch die auf den Weg gebrachte Rechtsänderung für einen Entzug der Staatsbürgerschaft betrifft ja nur diejenigen, die sich in Zukunft einer Terrormiliz anschließen. Damit ist hinsichtlich der bereits aktiven IS-Terroristen mit deutschem Pass nichts gewonnen.

Bundesinnenminister Horst Seehofer schlägt nun ein internationales Tribunal vor. Das klingt gut, wäre aber ein Mammut-Verfahren angesichts Hunderter inhaftierter Kämpfer. Es kann also nur um führende Kader gehen und eine grundsätzliche Aufarbeitung des IS-Terrors. Das ist sinnvoll. Des Problems der Rückkehrer würde sich Seehofer aber durch solch ein Verfahren auch nicht entledigen. Außerdem müssten für ein derartiges Tribunal die USA ins Boot geholt werden. Kaum vorstellbar, dass Präsident Donald Trump da mitmacht.

Somit bleibt die direkte Rückkehr von IS-Terroristen nach Deutschland in den kommenden Monaten angesichts des Drängens auch der Kurden wahrscheinlicher. Es wird der Bundesregierung, vor allem aber den Sicherheitsbehörden und der Justiz daher nichts anderes übrig bleiben, als sich weiterhin konsequent darauf einzustellen. Erste Prozesse mit harten Strafen hat es in Deutschland ja bereits gegeben. Aber: Es geht dann nicht nur um Kämpfer, sondern auch um dessen Frauen und den Nachwuchs. Gerade erst wurde eine Mutter mit ihren drei Kindern aus dem Kampfgebiet nach Deutschland geholt.

Die Familien der Terroristen stellen noch einmal ein ganz besonderes Problem dar, weil damit immer die Frage verbunden wird, ob sie Opfer oder vielleicht künftige Täter sind. Ein Großteil der Kinder ist laut Experten jedenfalls um die drei Jahre alt. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie traumatisiert sind, ist groß. Dass sie aber ideologisiert und radikalisiert sind, eher gering. Bei Älteren ist das womöglich anders.

Das bedeutet: Auf sie muss der Staat jetzt ebenfalls sein Augenmerk richten. Auch das wird nicht einfach.

an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

HAGEN STRAUSS

Nächster Aufschub – aber bis wann?

Ende Juni oder Mitte 2020? Eine Woche vor dem vorgesehenen Brexit-Tag wird beiden Seiten klar: Es braucht wohl mehr Zeit. Über die genaue Länge sind London und die EU aber uneins.

VON DETLEF DREWES

BRÜSSEL/LONDON Der Brief aus London an die Europäische Union fiel ungewöhnlich aus. Schließlich ließ die britische Premierministerin Theresa May erstmals so etwas wie Emotionen durchblicken. Es sei „frustrierend“, dass der Prozess noch nicht zu „einem erfolgreichen und geordneten Abschluss“ gekommen sei, schrieb May. Und dann bat sie die 27 Staats- und Regierungschefs der Union um eine Verlängerung der Brexit-Frist bis spätestens 30. Juni.

Allerdings wolle sie sich bemühen, deutlich vorher auszutreten – und zwar möglichst noch vor dem Auftakt zu den Europawahlen am 23. Mai. Ungeachtet dessen bereite ihre Regierung aber alles vor, um an den Abstimmungen zum EU-Parlament teilzunehmen, sollte es bis dahin nicht zu einer Einigung gekommen sein. So fasste EU-Ratspräsident Donald Tusk am Freitag das Schreiben aus der britischen Hauptstadt zusammen.

Die Stimmung ist angespannt

Dabei hatte Tusk selbst vorher angeregt, dem Vereinigten Königreich sogar bis zu einem Jahr mehr Zeit zu geben, um sich auf einen Königsweg zu verständigen. Denn nach wie vor ist alles offen.

Wenige Tage vor dem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs am kommenden Mittwoch in Brüssel bietet sich die Lage so da: Briten und Europäer wollen einen ungeregelten Brexit vermeiden. Bereits am Freitag kamen deshalb die EU-Botschafter der 27 Mitgliedstaaten zusammen, um auszuloten, unter welchen Umständen die Gemeinschaft bereit sein könnte, Großbritannien mehr Zeit zu geben. Denn der vorliegende Austrittvertrag war drei Mal im britischen Unterhaus krachend durchgefallen.

Die Stimmung ist allerdings angespannt, weil nicht wenige Regierungen sich von London „vorgeführt fühlen“, wie es ein hoher EU-Diplomat sagte. Wenn die Staats- und Regierungschefs am Mittwoch in Brüssel zusammenkommen, wollen sie deshalb von May vor allem hören, warum ein weiteres Verschieben des Brexit die Chancen auf eine Einigung verbessern würde. Die Premierministerin steht dabei unter Druck: Wenn sie nicht alle Regierungschefs (Einstimmigkeit ist nötig) überzeugen kann, droht bereits am Freitag ein Brexit ohne Deal.

May will aber offenbar in den Wochen bis Ende Juni alles versuchen, um doch noch eine Einigung in den Gesprächen mit Labour-Chef und Oppositionsführer Jeremy Corbyn hinzukriegen. In Brüssel versprechen sich davon viele eine weichere Brexit-Variante – beispielsweise den Verbleib der Insel in einer Zollunion mit der Gemeinschaft.

Oettinger rechnet die Kosten vor

Der Weg hätte vor allem einen Vorteil: Das Problem der Grenze zwischen Nordirland und Irland hätte man gelöst. Der von den Brexiteers so gehasste Backstop (das zeitweise Verbleiben in einer Zollunion bis zu einer Lösung) wäre vom Tisch. Diese Variante klingt für die EU-Staatenlenker verlockend, zumal May sie mit der Ankündigung würzen möchte, dass London bereits die Europawahlen vorbereitet, aber gerne früher einen Brexit-Einigung erreichen will. Damit, so hieß es am Freitag in Brüssel, wäre „dann allen gedient“. Einziges Hindernis: May braucht auch in diesem Fall irgendwann eine Mehrheit im Unterhaus – für welche Form von Brexit auch immer.

„Ich halte eine bessere Lösung als einen Exit ohne Deal für vergleichbar wahrscheinlich wie die schlechteste Lösung: einen Exit ohne Deal“, erklärte am Freitag EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger. Dabei malte er schon mal aus, was ein Ausstieg des Vereinigten Königreiches ohne Vertrag die Union und Deutschland kosten würde. 2019 entstünde in der EU ein Finanzloch von netto vier bis fünf Milliarden Euro, sagte der CDU-Politiker. 2020 wären es zwölf Milliarden, die zur Hälfte durch Einsparungen und zur anderen Hälfte durch zusätzliche Beiträge gedeckt werden sollten. Auch dann müsste Deutschland also nachschießen.

Die deutschen Steuerzahler müssten sich kurzfristig auf eine Finanzspritze von mehreren Hundert Millionen Euro an die Europäische Union einstellen. „Weniger als eine halbe Milliarde Euro“ müsste die Bundesrepublik dieses Jahr wohl zusätzlich übernehmen, falls Großbritannien ohne Vertrag aus der EU ausscheidet und keine EU-Beiträge mehr zahlt. Die Summe sei jedoch vergleichsweise klein, sagte Oettinger. „Das ist vertretbar.“

KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

REAKTIONEN

Frankreich tritt auf die Bremse

Frankreich stuft den Vorschlag für eine Brexit-Verschiebung als etwas verfrüht ein, hieß es am Freitag aus dem Élyséepalast von Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron. Bis zum EU-Sondergipfel am Mittwoch müsse es einen glaubwürdigen Plan geben. Macron hatte sich bereits zu Wochenbeginn kritisch zu einer weiteren Verschiebung des Brexit-Termins geäußert. Eine Verlängerung, die auch eine Teilnahme Großbritanniens an der Europawahl im Mai bedeuten würde, sei für Frankreich keinesfalls selbstverständlich.

EVP-Spitzenkandidat Manfred Weber (CSU) schrieb auf Twitter: „Keine Brexit-Verschiebung ohne Klärung.“ Chaos und Unsicherheit dürften nicht von London auf die EU überspringen. (afp/dpa)

Hilfe aus Moskau? AfD-Politiker im Zwielicht

Bundestagsabgeordneter Markus Frohnmaier weist Vorwürfe zurück. Parteichef Meuthen belastet.

MÜNCHEN Die russische Regierung hat Medienberichten zufolge versucht, weitreichenden Einfluss auf deutsche Politiker – insbesondere der AfD – zu nehmen. Nach Recherchen von „Spiegel“, ZDF, BBC und der italienischen Zeitung „La Repubblica“ belegt das ein Strategiepapier der Präsidialverwaltung von Staatschef Wladimir Putin vor der Bundestagswahl 2017 über Aktivitäten, mit denen die EU-Staaten destabilisiert und Propaganda für russische Positionen verbreitet werden sollten.

Konkret wurden ranghohen russischen Staatsbeamten Pläne für die „Organisation von Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Protestaktionen in EU-Ländern“ und ein „wirksames Voranbringen von Resolutionen in den nationalen Parlamenten der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union“ vorgelegt, die sich gegen „antirussische Sanktionen“ richten, wie es in den Berichten vom Freitag hieß. Ziel sei „die Anerkennung der Krim als Teil der Russischen Föderation“.

Ein Projekt war demnach auch die „Unterstützung“ des AfD-Politikers Markus Frohnmaier, der 2017 in den Bundestag gewählt wurde. Der damalige Vorsitzende der umstrittenen AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) fiel da schon mit russlandfreundlichen Positionen auf. Frohnmaier „wird ein unter absoluter Kontrolle stehender Abgeordneter sein“, wird aus dem Papier zitiert.

Die Recherchen basieren auf Material, die das Dossier Center in London zur Verfügung stellte. Die Organisation wird von dem russischen Geschäftsmann und Kreml-Kritiker Michail Chodorkowski finanziert.

„Ich habe nie Unterstützung finanzieller oder medialer Art in Kreisen der russischen Politik, Wirtschaft oder Zivil erbeten.“

Markus Frohnmaier, AfD-Bundestagsabgeordneter

Frohnmaier teilte über seinen Anwalt mit, das Strategiepapier sei ihm nicht bekannt. Er habe nie „Unterstützung finanzieller oder medialer Art in Kreisen der russischen Politik, Wirtschaft oder Zivil erbeten“. Von russischer Seite sei ihm nie Unterstützung dieser Art gewährt worden. Frohnmaier, der bis Herbst 2017 auch Sprecher der heutigen Fraktionschefin Alice Weidel war, reiste mehrfach auf die von Russland vor fünf Jahren annektierte ukrainische Halbinsel Krim.

Weidel zog die Grundlagen der Vorwürfe gegen ihren früheren Mitarbeiter in Zweifel. „Einige der Vorwürfe scheinen aus zweifelhafter Quelle zu stammen“, sagte sie der „Rheinischen Post“ (Samstagsausgabe). AfD-Fraktionssprecher Christian Lüth erklärte auf Anfrage, die Fraktion unterhalte „keine Kontakte zu ausländischen Geheimdiensten“. Alle anders lautenden Behauptungen seien „falsch“.

Derweil gibt es möglicherweise neue Erkenntnisse in der AfD-Spendenaffäre: Berichten zufolge ließ der deutsch-schweizerische Immobilien-Milliardär Henning Conle auch dem AfD-Vorsitzenden Jörg Meuthen verdeckte Wahlkampfunterstützung zukommen. Ausgangspunkt entsprechender Indizien sei eine vertrauliche Liste mit zehn angeblichen Gönnern, die Meuthen 2016 im baden-württembergischen Landtagswahlkampf mit einer rund 90.000 Euro teuren Werbekampagne unterstützt haben sollen, berichteten das ARD-Magazin „Report Mainz“ und der „Der Spiegel“ am Freitag.

Mindestens zwei der zehn vermeintlichen AfD-Gönner hätten direkte oder indirekte Verbindungen zu der Unternehmerfamilie Conle, hieß es in dem Bericht. Einem Pressebericht vom Donnerstag zufolge führt auch in der Spendenaffäre von AfD-Fraktionschefin Alice Weidel eine Spur in das Umfeld des aus Duisburg stammenden, in der Schweiz und London lebenden Milliardärs Conle.

In dem Bericht zu Meuthen hieß es, der auf der Liste mit den angeblichen Gönnern aufgeführte Geschäftsmann M. aus der belgischen Provinz Antwerpen sei für eine belgische Conle-Firma tätig, die von Henning Conle und seinem Sohn geleitet werde. Gegenüber „Report Mainz“ stritt M. am Mittwoch ab, Geld für Meuthens Wahlkampf gegeben zu haben. (afp)

Markus Frohnmaier sitzt seit 2017 für die AfD im Bundestag und war zuvor Sprecher der heutigen Fraktionschefin Alice Weidel. FOTO: DPA